Seehofer bei CSU-Neujahrsempfang:

„Erst Steuerschätzung abwarten“

Beim Neujahrsempfang der Ansbacher CSU hat Ministerpräsident Horst Seehofer am Sonntag dafür plädiert, vor den im Koalitionsvertrag vereinbarten Steuersenkungen erst einmal die Steuerschätzung im Frühjahr abzuwarten. Vor seiner Gastrede hatte es vor dem Veranstaltungsort Proteste des Linken-Kreisverbands gegeben.

Erst nach der Steuerschätzung habe man eine „solide Basis“ für die Haushaltsplanung, sagte Seehofer. Derzeit sei die Situation „noch instabil“ und die Zukunft „schwer vorauszusehen“. Im Augenblick müsse man in der Politik „auf Sicht“ fahren. Dennoch werde „alles Zugesagte eingehalten“, versprach der Parteivorsitzende. Darüber werde er sich beim „Befehlsempfang im Bundeskanzleramt“ (der ebenfalls am Sonntag anstand) auch „mit Guido“ verständigen, sagte Seehofer und erntete dafür wohlwollendes Gelächter.

Für die anvisierte „Dekade der Erneuerung“ präsentierte der CSU-Chef sein „FBI-Prinzip“, das für „Familie“, „Bildung“ und „Innovationen“ stehe. In der Bundesregierung gelte es, den Koalitionsvertrag in Realität umzusetzen. Mit einem Seitenhieb auf die einstige hessische Spitzenkandidatin Ypsilanti sagte er: „Auf Bruch eines Worts steht die Höchststrafe“.

Mit einigen wenigen Sätzen ging Seehofer auf das Debakel der Bayerischen Landesbank ein. Während man in der Nachkriegszeit gerade mal zusammen 20 Milliarden an Schulden habe aufnehmen müssen, habe allein der Banken-Crash 10 Milliarden gekostet. Korrekturbedarf ließ der Gast angesichts der Tatsache durchblicken, dass von den 20.000 Landesbank-Beschäftigten 15.000 in Auslandsniederlassungen arbeiteten. Zur aktuellen Hypo Alpe Adria-Problematik äußerte sich Seehofer dagegen nicht.

Was Bayern angehe, liege das Land auch im Internationalen Vergleich „ganz vorn“. So gehöre es etwa zu den 10 größten Wirtschaftsregionen in der EU. Und auch innerhalb Deutschland sei Bayern das „mit Abstand wirtschaftsstärkste Land“. Dies führe allerdings auch dazu, dass derzeit 10 Prozent des Landeshaushalts im Zuge des Länderfinanzausgleichs an andere Bundesländer gehe. „Schwer verständlich“ sei es für ihn, dass mit dem Geld etwa Berlin und das Saarland seinen Bürgern Leistungen gewähren könne, „die wir uns nicht leisten können“.

In Sachen Wirtschaftskrise befürchtet Seehofer Steuerausfälle in der Zukunft: „Die Wirkungen der Krise treten verzögert ein“. Dennoch solle die Steuerprogression abgemildert werden. Ein Steuersystem bei dem man mehr als 50 Prozent Steuern zahlen müsse, sei „unmoralisch“. Die derzeitige Finanzkrise habe noch 2008 keiner vorausahnen können. Jetzt gelte es, bei Renditeerwartungen Augenmaß und Vernunft walten zu lassen. Boni für Banker etwa sollten „für dauerhaften Erfolg und nicht für die Entlassung von Mitarbeitern“ gezahlt werden. Trotz aller Geschehnisse brauche man aber „keine andere Wirtschaftsordnung“. Die bestehende sei „das beste Modell der Menschheitsgeschichte“ und sichere den Menschen eine „Teilhabegerechtigkeit“, so der Kabinettschef.

Ohne ihren Namen ausdrücklich zu nennen, stützte Seehofer die Vertriebenen-Verbandsobere Erika Steinbach mit den Worten: „Andere Regierungen dürfen uns nicht vorschreiben, wen wir in einen Stiftungsrat entsenden.“

Für den Bildungsbereich kündigte Seehofer einen Ausbau der Hochschulen an, um den steigenden Studentenzahlen in Bayern zu begegnen. Als „große Anhänger des gegliederten Schulsystems“ und „Freund der Hauptschule“ sprach er sich gegen eine Zentralisierung der Schullandschaft aus. Schulstandort sollten „so weit wie möglich“ erhalten bleiben.

Sprach beim Neujahrsempfang der Ansbacher CSU: Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer.

Dem Herrieder CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Göppel zollte Seehofer Lob und Dank, insbesondere für dessen Einsatz für Erneuerbare Energien. Allerdings sei man in Bayern auch auf die Kernkraft angewiesen. Man wolle dabei „keine Energie aus unsicheren Kraftwerken im Ausland“ beziehen, gab Seehofer zu bedenken.

Unmittelbar nach seiner Gastrede machte sich der CSU-Chef auf den Weg nach Berlin, wo er im Kanzleramt mit Angela Merkel und Guido Westerwelle zum vertraulichen Gespräch zusammentraf.

Gegen-Demonstration

Vor dem Ansbacher Onoldiasaal, wo der CSU-Empfang ausgerichtet wurde, hatten die Ansbacher „Offene Linke“ und der Linken-Kreisverband sich zu einer Mahnwache gegen den „Spekulationsraub von 3,7 Milliarden Euro“ formiert, der dem „CSU-Filz im Verwaltungsrat der Bayern LB“ zugeschrieben wurde. Auch auf Transparenten wurden diese Verluste durch den Kauf der Hypo Alpe Adria-Bank (HAA) thematisiert.

Zusätzlich verteilten die Demonstranten symbolisch österreichische Führerscheine – die Kärntner Landesregierung als Nutznießerin des HAA-Geschäfts hatte Führerscheine kostenlos ausgegeben.

Vor der Kundgebung hatte die Stadt Ansbach den Demonstranten via Polizei ein Abstandsgebot auferlegt, nach dem erst 30 Meter vom Eingang des Onoldiasaals entfernt demonstriert werden durfte. Auf Bitten aus den Reihen der Demonstranten stellten Ordnungsbeamte mittels eines Maßbands die Distanz fest und markierten die Demonstrations-Grenze mit Kreidestrichen.

Bernd H.W. Höllein

30 Meter Abstandsgebot zum Onoldiasaal-Eingang: Gegen-Demo der Linken. *Fotos: Bernd Höllein*